

umweltfairbund

Das Magazin für Verkehr und Umwelt in der Region Starkenburg

Wählen gehen!

Umwelt und Natur in den Wahl- programmen



EAD-Familienfest am 14. September

Woogsfest am 21. September

**Wahlen zum Hessischen Landtag
und zum Deutschen Bundestag am
22. September**

**Orangerie-Zukunfts-Präsentation
am 23. Oktober**



Liebe Leserinnen, liebe Leser, zunächst wollen wir uns entschuldigen: für die „Bleiwüste“, die platzsparend viele Hunderte von Seiten aus den Parteiprogrammen der in den Parlamenten von Bund und Land analysierte. Gerne hätten wir noch Bilder und Grafiken dazu genommen, aber dann würde diese umweltfairbund das Seitenbudget nicht einhalten können. Trotz der nicht ganz so lesefreundlichen Aufmachung lohnt es sich zu sehen, wo die Wahlprogramme sich unterscheiden.

Kein „Einheitsbrei“, wie uns so oft glauben gemacht werden will, sondern differenzierte Aussagen - teilweise sehr detailliert, teilweise sehr allgemein und nebulös, letzteres insbesondere bei den derzeitigen Regierungsparteien. Aus gutem Grund sicherlich, wollen CDU und FDP doch umwelt- und naturbewusste Mitglieder und sie (dennoch) Wählende nicht völlig verschrecken. Die Links zeigen Ihnen, wo Sie selbst mehr erfahren können.

Die Entscheidung, welcher Partei, welchen Kandidierenden Sie am 22. September in Bund bzw. Land Ihre Stimmen geben, können wir Ihnen nicht abnehmen. Aber wir hoffen, dass Ihnen die Themen des Umwelt- und Naturschutzes wichtig genug sind, zumindest zur Wahl zu gehen und sich in Ihrer Wahl klar zu einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Politik bekennen.

Uns, dem BUND, geht es um Ergebnisse, die für Alle sichtbar sind, vor Ort, in der hessischen Landschaft, in den Städten und Gemeinden, bei der Reduzierung der Luftschadstoffe und des Lärms sowie bei der Verbesserung der Situation unserer Gewässer.

Die Messlatte liegt hoch, weil jahrelang zu wenig getan wurde, um eine intakte Natur, nachhaltiges Wirtschaften und eine klare, ergebnisorientierte Klimaschutz und Energiewendepolitik zu entwickeln und auf den Weg zu bringen. Wir werden uns mit Ihnen für Natur, Umwelt und Menschen weiterhin unermüdlich einsetzen.

Ihre Brigitte Martin vom BUND

PS: Auf der Website können Sie sich zu den Newslettern der umweltfairbund-Verbände anmelden! So bekommen Sie auch Einladungen zu kurzfristigen Veranstaltungen und Aktionen. Bis Ende Oktober können Sie noch bei der Aktion Faltertage des BUND mitmachen. Zählbögen im Internet oder am Infostand.

Impressum umweltfairbund Südhessen, Nr. 3-2013, 21. Jahrgang

Herausgeber:

umweltfairbund SÜDHESSEN ist die Zeitschrift des Verkehrsclubs Deutschland (VCD), KV Darmstadt-Dieburg e.V., Darmstadt, Groß-Gerau, Bergstraße, Odenwald, des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC), Darmstadt e.V., Bergstraße e.V., Odenwald, Groß-Gerau und des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) OV Darmstadt, KV Odenwald

Erscheinungsweise:

vierteljährlich
Bezugspreis: für Mitglieder im Beitrag enthalten; für Nichtmitglieder 6,40 Euro im Jahr, Einzelheft 1,60 Euro

ufb-Bankverbindung

Konto 23 010 758

Sparkasse Darmstadt BLZ 508 501 50

ufb-Abo Abbuchungserlaubnis (siehe Rechnungsfragen) oder Einzahlung 6,40 Euro mit Adressangabe

Spenden: direkt an die Mitgliedsverbände, siehe Kontaktseite hinten im Heft

Redaktion: Anschrift, Fax, E-Mail, Fon siehe Kontaktseite bei ADFC, BUND, VCD

V.i.S.d.P. Peter Rieken (pit), Brigitte Martin (bm), Uwe Schuchmann (uds), Frank Ludwig Diehl (fld), Harald Hoppe (hh), Heike Bartenschlager (hb), Matthias Gehrman (mg), Michael Martin (mm), Mario Schuller (ms), Heiner Schäfer (HS)

Satz & Layout: Brigitte Martin

Titelbild: Luise / pixelio.de. Kleiner Feuerfalter

Adressen- und sonstige Änderungen:

Bitte ausschließlich der Mitgliederverwaltung des zutreffenden Verbandes mitteilen



(siehe Kontaktseite am Heftende)

Verlag:

VCD Verlag umweltfairbund,
Lauteschlägerstr. 24,
64289 Darmstadt
www.darmstadt.bund.net/
service_und_beratung/

mitgliederzeitschriften > umweltfairbund

Belichtung und Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH, Feuerbachstr. 1, 64291 Darmstadt

Rechnungsfragen: Helmut Richter
Ringstraße 43, 64807 Dieburg
Fon 06071 25187 • helursrichter@web.de

Anzeigen & Technik:

Brigitte Martin, Dreieichweg 11, 64291 Darmstadt

Fon 06151 37931 • brigitte.martin@bund.net

www.bund-darmstadt.de > Suche > umweltfairbund

Auflage:

4.300 Exemplare

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier Reprint 130g

(Umschlag) und Resaoffset 80g (Innenteil).

Es gilt die Preisliste vom 01.01.2013

Anzeigenschluss 4-2013 am 25.11.2013

Redaktionsschluss 3-2013 am 18.11.2013

Das nächste Heft erscheint im Dezember 2013.

Nachdruck mit Quellenangabe und gegen Belegexemplar gerne gestattet. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht die Meinung der Redaktion dar.

Postvertriebsstück D 9866

ISSN 1611-1362

Inhalt

Schwerpunktthema vom BUND

Umwelt. Zukunft. Wählen.	3
Die zehn Kernforderungen des BUND:	3
Mehr Nachhaltigkeit oder Rückschritt? - Sie haben die Wahl.	11

BUND

Ahornblatt: Treffpunkt Vielfalt	14
Radfahren im Herbst und Winter?	14
Mitmachen: Unterschreiben gegen Fracking!	15
Apfel-Schoko-Traum	15
16. Umwelt- und Familientag des Eigenbetriebs für kommunale Aufgaben und Dienstleistungen (EAD)	16
Stadtnatur und Schmetterlinge	16
Beteiligen bei der Befragung der Stadt zu Grünflächen	16

Der BUND lädt ein - 23.10. Präsentation der Ideen zur Orangeriezukunft

17

VCD

Tempolimits und Überwachung sind notwendig	18
VCD: Kleiner Lichtblick für Rhein-Main?	18

ADFC

Bauarbeiten am Felsnasenradweg sind gestoppt	19
ADFC Bergstraße ist jetzt eingetragener Verein	20
Radfahrer-Schikane	20
Radeln für ein gutes Klima	20
Miete für Fahrradständer kassiert	20

Allgemeine Vereinstermine	21
Wespen, Igel und mehr in den Kleinanzeigen	22

Rubriken

Editorial und Impressum	2
Monatliche & Veranstaltungs-Termine	21
Private Kleinanzeigen mit Hinweisen zu Geschirrverleih und Wespenberatung	22
Geschirrverleih des BUND	23
Kontaktadressen in der Region	23



Demokratisches Recht wahrnehmen: Wählen gehen

Umwelt. Zukunft. Wählen.

**Wahlkampf – Wahlkrampf – Wahlversprechen – Inhalte?
Die sind bei allen Parteien doch alle gleich – oder etwa
doch nicht?**

bm. Wer nicht wählt, gibt seine Stimme nicht ab, doch er verschenkt stattdessen seinen Stimmenanteil. Fehlende Stimmen der Nichtwählenden werden anteilig auf die Parteien aufgeteilt. Die Partei mit den meisten Stimmen profitiert von den Nichtwählenden am meisten. Dadurch kann es Verschiebungen des „echten“

Meinungsbildes geben: Bleiben (insgeheime) Anhänger einer Partei mehrheitlich zu Hause, gewinnen die anderen mehrfach. Daher: Informieren Sie sich, entscheiden Sie sich (auch wenn es Ihnen schwer fallen sollte), gehen Sie zur Wahl! Vergleichen Sie die Parteiaussagen der in den Parlamenten vertretenen Parteien in Land und

Bund mit den BUND-Forderungen an eine zukunftsfähige Politik! Entscheidungshilfen für Ihre Wahl geben Ihnen die BUND-Aufstellungen.



Wahlhilfen im Netz

bund.net > Themen und Projekte > Bundestagswahl > KandidatInnencheck des BUND

wahl-o-mat.de der Bundeszentrale für politische Bildung

parteienavi.de der Uni Konstanz

bundeswahlkompass.de verschiedener Universitäten

abgeordnetenwatch.de zur individuellen Kandidierendenbefragung des gemeinnützigen Vereins Parlamentwatch e.V.

Die zehn Kernforderungen des BUND:

- Die Energiewende voranbringen
- Aus der Atomkraft aussteigen
- Das Klima schützen – national und international
- Agrarpolitik reformieren
- Bürgerbeteiligung ausbauen
- Natur schützen – national und international
- Flüsse und Gewässer schützen
- Verkehr umweltfreundlich gestalten
- Mehr Verbraucherschutz – Kinder vor riskanten Chemikalien schützen
- Wissenschaftspolitik neu ausrichten



www.bund-hessen.de
> Aktiv werden > Aktionen
> Landtagswahl 2013

1. Die Energiewende voranbringen

Die Vertreter der alten Energiewirtschaft kündigte es offen an: Nach der Bundestagswahl wollen sie die Energiewende abbremsen. Sie stellen den dringend notwendigen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien sogar komplett in Frage.

- Die Kosten für den Ausbau und die Versorgung mit erneuerbaren Energien sind gerecht zu verteilen. Wer viel Strom verbraucht, muss viel zahlen; Rabatte für Unternehmen, die viel Strom verbrauchen, müssen abgeschafft werden. Einkommensschwache Haushalte sind beim Stromsparen zu unterstützen.
- Wir brauchen verbindliche gesetzliche Vorgaben, um den Energieverbrauch zu senken und mehr Energieeffizienz zu erreichen. Energiewende geht nur ohne den Klimakiller Kohle. Gefördert werden müssen dezentrale und effiziente Heizkraftwerke, die Strom und Wärme erzeugen.

2. Aus der Atomkraft aussteigen

Die Regierung hat nach der Katastrophe von Fukushima den Atomausstieg beschlossen. Acht Atomkraftwerke gingen vom Netz. Doch noch laufen neun Atomkraftwerke und sollen es bis Ende 2022 bleiben. Die neun Atommeiler sind unsicher und eine Gefahr für Millionen; sie produzieren täglich hochradioaktiven Atommüll, der noch viele Generationen nach uns bedrohen wird.

Die nächste Bundesregierung muss, wenn sie Schaden vom Land abwenden will, sofort und vollständig aus der Atomkraft aussteigen. Und sie darf den Neubau von AKWs in anderen Ländern nicht länger durch staatliche Bürgschaften unterstützen.

Forderungen des BUND Hessen hierzu

Bis 2020 müssen auch in Hessen 40 Prozent der Treibhausgasemissionen gegenüber dem Jahr 1990 reduziert werden. Bisher sind jedoch erst 15 Prozent geschafft. Der BUND fordert von der Landesregierung ein Aktionsprogramm Energiewende mit konkreten Zielen und Umsetzungsschritten, um zu erreichen, dass der Stromverbrauch bis 2030 um 50 Prozent gesenkt und der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromversorgung auf 100 Prozent bis 2030 zu gesteigert werden kann.

- Initiierung einer öffentlichen, wirksamen Stromeinsparungskampagne für Haushalte und Gewerbe,
- Einrichtung eines Energieeffizienzfonds für private Haushalte, Wirtschaft und Kommunen zur Vorfinanzierung von Effizienz steigernden Maßnahmen, Anreize zum Kauf energiesparender Elektrogeräte,
- Informations- und Beratungsaktionen mit dem Handwerk zur Gebäudemodernisierung/-sanierung,
- flächendeckende Ermittlung von Potenzialen zum Einsatz von KWK (Kraft-Wärme-Kopplung), Förderprogramm für Bau von BHKW und Fernwärmeausbau mit KWK,
- Gründung von Energieagenturen/Energieberatungsstellen,
- regelmäßige Vorlage eines Energieberichts und Monitorings der Energiewende.
- Verbot der Erschließung von Erdgasvorkommen mittels „Fracking“

Parteiprogramme im Netz

Alphabetisch aufgeführt sind nur bisher im Parlament vertretene Parteien, mehr unter www.bundeswahlleiter.de und www.wahlen.hessen.de



www.gruene.de/wahl-2013/wahlprogramm.html

www.gruene-hessen.de > Wahl 2013

CDU

www.cdu.de/regierungsprogramm

www.cduhessen.de > Programm zur Landtagswahl

DIE LINKE.

www.die-linke.de > Wahlprogramm

www.die-linke-hessen.de > Wahlen 2013 > Landtagswahl > Programm

FDP

Die Liberalen

www.fdp.de > Wahl2013 > Wahlprogramm

www.fdp-hessen.de > Wahlprogramm

SPD

www.spd.de/wahl2013

www.spd-hessen.de > Landtagswahl > Regierungsprogramm

Energiewende und Atomkraft – Was sagen die Parteiprogramme dazu?

Bündnis 90/Die Grünen zu Energiewende und Atomkraft

„Zeit für den GRÜNEN WANDEL - Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen.“ Das umfangreiche, sehr detaillierte konkrete Programm in sechs Energiekapiteln verdient einen extra Pluspunkt. B90/Grüne treten konkret beschrieben ein für „100 Prozent sichere Energie“, eine „Energiewende vom Testfall zum Erfolgsmodell“, eine Abschaltung aller neun noch laufenden AKW so bald als möglich und würden die Forderungen des BUND und des BUND Hessen erfüllen. • **1. Kapitel Die Zukunft verdient unsere Leidenschaft** (bis zum Jahr 2030 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien, bis 2020 50 Prozent; im Gebäude- und Wäremebereich bis 2040; kosteneffiziente Weiterentwicklung des EEG und Investorensicherheit; EEG von kostentreibenden Sonderregelungen befreien und Technologien ausbauen wie Power to Gas, intelligente Netze/Smart Grids; Umstellung des Strommarktes) • **2. Die Energiewende von unten weiterführen** (dezentralere und bürgernähere Stromversorgung ermöglichen; Rechtsbedingungen anpassen für KleinanlegerInnen und Kommunen; Beteiligung der Öffentlichkeit, auch beim sinnvollen Netzausbau; Gaskraftwerke als Übergangstechnologie in KWK; Speichertechnologien; naturverträgliche Biomassennutzung anstatt übertriebener Maisanbau. Schlüsselprojekte vorgesehen) • **3. 100 Prozent sichere Energie ohne Kohle und Öl** (Novellierung des Bergrechts, um Betroffene besser schützen zu können; Ablehnung von Fracking, keine Verpressung giftiger Lagerstättenwasser;

CDU zu Energiewende und Atomkraft

Wirtschaft und Interessen großer Energiekonzerne stehen im wenig ambitionierten, wenig konkreten CDU-/CSU-Programm in acht Rubriken im Mittelpunkt, Alles andere ist „Pflicht“, um klimabesorgte Wähler nicht völlig abzuschrecken. CDU/CSU wollen • **„sichere, bezahlbare und saubere Energie und eine Energiewende mit Augenmaß“** (erneuerbare Energien und geringerer Verbrauch, unabhängiger von Öl und Gasimporten und für Arbeitsplätze hier; Deutschland als wettbewerbsfähiges Industrieland braucht bezahlbare Energie, Unternehmen sollen auch künftig entlastet werden. Erneuerbare Energien müssen künftig ohne das EEG auskommen, aber verlässliche Stromversorgung garantieren) • **Versorgungssicherheit garantieren – Netze und Speicher ausbauen:** Ausbau der Stromnetze von Nord- und Ostsee in die Ballungszentren

Klimaschutzgesetz und Energiewendegesetz mit Investitionsprogramm und Energiesparfonds; Weg vom Öl als Leit- und Entscheidungslinie bei Planungs- und Infrastrukturvorhaben) •

• **4. Atomausstieg sicher und schnell besiegeln** (Sicherheitsstandards der AKW erhöhen, Ausstiegsverhandlungen mit Nachbarländern, keine Hermes-Bürgschaften für AKW, Energiewende auch in der Forschung; ergebnisoffene, bundesweite Suche nachbestgeeignetem Endlagerstandort) • **5. Bezahlbare Wärme und Strom für alle** (Förderung von Plusenergiehäusern bei Neubauten, Energiesparfonds für energetische Sanierung, Beratung, Klimawohngeld gegen soziale Härten; Fortschreibung der Verordnungen und Anreize für Gebäudesanierungen, faire Strompreise; Energieeffizienzmaßnahmenengesetz) • **6. Klimaschutz vorantreiben - europäisch und global** (ambitioniertes Nachfolgeprogramm für das Kyotoabkommen bis 2015 voranbringen; Klimagerechtigkeit und Energiewende auch Themen in der Außenpolitik).

Hessen: Hessen ist unter CDU/FDP Schlusslicht bei der Energiewende, B90/Grüne wollen Hessen zur Nummer 1 machen durch Ausbau erneuerbarer Energie, Effizienz und Einsparung und dadurch (verloren gegangene) Arbeitsplätze neu schaffen. Zu einer echten Energiewende gehören natürlich auch die Wärmeversorgung und der Verkehr. **Umweltschutz ist mehr als Energiewende:** Unnötige Hürden für Windkraft beseitigen und dabei Belangen von Menschen und Naturschutz Rechnung tragen. Wir legen die Energiewende in Bürgerhände und beteiligen diese an den Planungen und Gewinnen. Strom bleibt nur dann bezahlbar, wenn wir uns unabhängig von den Preissteigerungen bei den fossilen Energieträgern machen. Und zu konsequentem Umwelt- und Naturschutz gehört noch viel mehr als die Energiewende.



im Süden und Westen, mit Ausbau „intelligenter Netze regional; Ausbau von Speichern wie Pumpspeicherwerken, aber auch Wasserstoff- („Power to Gas“) oder Druckluftspeicher; Elektrofahrzeuge als „wichtiger Bestandteil der Energiewende“. • **Die Energieversorgung von morgen ist vielfältig:** Energiemix und Versorgungsmix von international aufgestellten Energieversorger und Stadtwerken, privaten und Wissenschaft. „Bis in einigen Jahrzehnten sollen effiziente Kohle- und Gaskraftwerke beschleunigt gebaut werden“. Beim Fracking sollen Gefahren für Menschen und Trinkwasser ausgeschlossen werden, gesundheitsgefährdende Chemikalien werden abgelehnt. • **Energiewende braucht Akzeptanz vor Ort:** durch finanzielle Beteiligung am Netzausbau; CDU begrüßt Energiegenossenschaften, Bürgernetze, Bürgerwindparks oder gemeinsamen Solarprojekte. Bis 2020 soll der Energieverbrauch durch • **„Energieeffizienz erhöhen und Energieeinsparung fördern“ um 20 Prozent und der Stromverbrauch um 10 Prozent gesenkt werden:** „mit Informationen“ über sparsame Geräte, Heizungen und sinnvolle Dämmung mit Technologieoffenheit (keine Vorschriften). Das CO₂-



Fortsetzung CDU Energie

Gebäudesanierungsprogramm wird fortgesetzt und steuerliche Förderung für Gebäudesanierung.

• Europäische

Energieversorgung – stärker

im Verbund mit europäischen Energie-Binnenmarkt mit Wasserkraftwerken im Norden und Photovoltaik im Süden.

AKWs sollen in der EU deutschen Stresstestsstandards entsprechen.

Die Linken zu Energiewende und Atomkraft

Die Absichtserklärungen der Linken erfüllen die BUND-Forderungen und sind vor allem an der sozialen Komponente orientiert. Die Linken wollen „Die Gesellschaft sozial, ökologisch und barrierefrei umbauen, die Wirtschaft demokratisieren und die Energieversorgung in die Hände der Bevölkerung legen“ und dabei

• Die Macht der Monopole

brechen. (dezentrale Versorgung, in der Bevölkerung verankerte Energiegewende alternativ zu den großen Stromkonzernen; Masterplan für dezentrale Eigenenergieversorgung: Strom- und Wärmeversorgung aus 100 Prozent erneuerbaren Energien; bis 2020 50 Prozent Strom, Wärme auf 20 Prozent; sozial gestaltete Strompreisgarantie als Grundversorgung; EEG-Erhaltung und Orientierung an den Zielen Kosteneffizienz, Nachhaltigkeit, Flächeneffizienz und Landschaftsplanung eines „Fahrplans“ für die Energiewende (deutlich geringerer Netzausbau,

FDP zu Energiewende und Atomkraft

Das „Bürgerprogramm 2013 - damit Deutschland stark bleibt“ der FDP bietet wenig für die Erfüllung der BUND-Forderungen und bleibt sehr vage bei Energiewende und Klimaschutz. Nicht verwunderlich, betrachtet man die (groß-)wirtschaftsorientierte FDP-Politik der letzten (für Umwelt und Natur verlorenen) Jahre. Die Sanierungsquote bei der energetischen Gebäudesanierung soll durch Anreize „deutlich angehoben werden“ (Fortführung Finanzierung KfW-Gebäudesanierungsprogramm auf „mindestens dem bisherigen Niveau“) und für steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung „wird eingetreten“. „Anreize statt Zwang“ ohne „überzogene Vorgaben bei Umwelt- und Energieauflagen (EnEV) im Gebäudebestand“; nur im Neubau soll die Energieeinsparverordnung immer auf einem technisch ambitionierten Stand gehalten werden - mit der Grundlage energetische Gesamteffizienz von Gebäuden, Lüftungs- und Heizungssystemen. Einsatz für Minderung der Emission

• Endlagerfrage lösen – aus Verantwortung für unsere Kinder und Enkel

durch Standortauswahlgesetz und Einsetzung bis 2015 einer Kommission für objektive Kriterien an einen Atomüll-Endlagerstandort. Die Suche soll ergebnisoffene an objektiven Eignungskriterien ausgerichtet sein. Verantwortungsübernahme

dezentrale Energieversorgung, „angemessener“ Ausbau der Speichersysteme; Überarbeitung des Netzentwicklungsplan). Einsatz für den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien ohne übertriebene Großprojekte wie Off-Shore-Windparks. Der Ausstieg aus der Atomwirtschaft istw unumkehrbar, im Grundgesetz festgeschrieben werden. **Atomkraftwerke** sofort abschalten. Keine Fertigung von atomaren Brennelementen in Gronau mehr, kein Im- und Export von Atomüll; beschleunigte Rückholung des Atomülls aus der Asse als verbindliches Ziel, die geplanten Endlager Schacht Konrad und Gorleben endgültig aufgeben; offene gesellschaftliche Debatte über Endlagerstandort; „Ausstiegsgesetz“ für Kohlekraft (bis 2040). Novellierung Bundesberggesetz und Planungssicherheit. Ferner Speicher-Offensive im Bereich Forschung und Entwicklung; schärferes Wettbewerbs- und Kartellrecht für Strom-, Gas- und Mineralölkonzern-

von für das Klima nachteiliger Gase im Rahmen eines für alle Staaten verbindlichen neuen Klimaschutz-Abkommens, Einsatz für zügige Ratifizierung der zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls; Verpflichtungen sollen sich dabei an Emissionen und Wirtschaftskraft ausrichten, nicht an einem überkommenen Status als Industrie- oder Entwicklungsland. Eine **CO2-Steuer wird abgelehnt**, sie wollen den EU-Emissionshandel auf den gesamten Verkehrs- und Wärmesektor (weltweit) ausweiten. Ansatzpunkt soll dort die oberste Handelsebene von Brennstoffen sein. Steuern, die nach Ansicht der FDP ihre ökologische Lenkungswirkung verlieren, können im Gegenzug gesenkt oder abgeschafft werden. Mehr Markt und raus aus der Planwirtschaft, nach Technologie aber nicht mehr nach Größe der Anlage auch beim EEG, politische Strompreisfestlegung kein Dauerzustand; „Einsatz für die Sicherstellung der Zusagen“ zur Finanzierung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern

für die Rückholung des im Schacht Asse II eingelagerten Atomülls und Assefonds als Nachteilsausgleich.

Hessen: „Kooperation statt Konfrontation“, und auch hier mit Augenmaß. Im Energiegipfel gab es konkrete Ergebnisse. Es geht lt. CDU um die beste, nicht um die schnellste Lösung. Bis zum Jahr 2050 wollen wir unsere Energie „möglichst zu 100 Prozent“ aus regenerativen Quellen beziehen. Wir setzen dabei auf Information, Beratung, Forschung und staatliche Förderung.



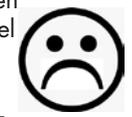
ne; Abschaffung unberechtigter Industrierabatte bei Ökosteuer, Netzentgelten, Emissionshandel oder im EEG zu Lasten der Privathaushalte; Ausbau von Förderprogrammen für Kommunen; Basisverbrauch muss für alle bezahlbar bleiben (Strompreismoratorium für Privathaushalte, verteilter überdurchschnittlicher Verbrauch; Energieversorger sollen jährliche Energieeinsparungen von 1,5 Prozent bei ihren Kunden erzielen. Energie-sparfonds und Förderprogramme für einkommensschwache Haushalte; verbesserte Förderung energetischer Gebäudesanierung und Blockheizkraftwerken; verpflichtender Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung für Neubauten; bei grundlegenden Sanierungen auch im Gebäudebestand; Verdopplung von Sanierungsraten mit Plan bis 2050. Keine unterirdische Verpressung von CO2 (CCS) und Fracking. Die demokratischen Mitentscheidungsrechte müssen bei der Erdgasförderung und in anderen Bereichen des Rohstoffabbaus gesichert werden.



Hessen: Der Umstieg auf EE – vor allem Windkraft und Solarenergie – schafft Wachstum und Arbeitsplätze und ist alternativlos. Gemeinden und Einwohner sollen sich an Erzeugung und Gewinn in Genossenschaften beteiligen können.



– sowohl zur Treibhausgas-Minderung als auch zur Anpassung an den Klimawandel – eingehalten werden und der Einsatz der vergebenen Mittel kontrolliert wird. Höchstes Sicherheitsniveau für laufende Kernkraftreaktoren, stillgelegte zügig rückbauen; Kernforschung und entsprechende Hochschulausbildung in Deutschland erhalten, Deutschland soll weltweit zu sicherem Betrieb von AKW beitragen, insbesondere in den Nachbarländern. Ferner **ergebnisoffene Suche eines Endlagers** für hochradioaktive Abfälle ohne Standortausschluss; intensive Bürgerbeteiligung für gesellschaftliche Akzeptanz - auch beim Fracking, das als Chance zum Gelingen der Energiewende - mit Rechtsrahmen mit Vetorecht für Wasserbehörden - beitragen kann.



Hessen: Um die Belastungen für Mensch und Umwelt zu reduzieren, will die FDP den CO2-Ausstoß vermindern unter dem Bezahlbarkeitsaspekt für die Bürger. **Moratorium für Neuanlagen:** Deshalb will die FDP sofort ein „Moratorium für die ausufernde Förderung von Neuanlagen“. Vielmehr muss der Schwerpunkt auf dem Netzausbau und der Erforschung von Stromspeichern liegen. Planwirtschaftliches EEG abschaffen und durch ein europäisches Mengenmodell ersetzen, damit Erneuerbare Energien in einen echten Wettbewerb um die wirtschaftlichste Erzeugungsform treten.



SPD zu Energiewende und Atomkraft

„Das Wir entscheidet“ auch beim Kapitel **„Sichere und bezahlbare Energie – Die Energiewende zum Erfolg führen“**. Das konkrete



Programm bietet nach Grünen und Linken Pluspunkte, auch für die Erfüllung der BUND-Forderungen. Die SPD setzt auf den Ausbau der Offshore-Windenergie und „(noch)

auf konventionelle Energieerzeuger, wie Kohle- und Gaskraftwerke, als Brückentechnologie“. Die Ziele: • **bessere politische Koordinierung beim Management der Energiewende** (mit den Bundesländern und in der EU; Schaffung eines Energieministeriums mit Energierat; Dezentralisierung und Energieberatung, jährlicher Masterplan-Bericht Energie; Reform des EEG „mit Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien“ und „mehr Verantwortung für eine stabile Versorgung“) •



die Bezahlbarkeit der Energiewende gewährleisten und weitere Belastungen für die produzierende Wirtschaft und die privaten Haushalte vermeiden, etwa durch die Senkung der

Stromsteuer; • **die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, insbesondere der energieintensiven Industrie, erhalten; • den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Umsetzung von Maßnahmen für höhere Energieeffizienz vorantreiben**, indem 40 bis 45 Prozent Stromanteil durch Erneuerbare Energien und 25 Prozent durch Kraft-Wärme-Kopplung, insbesondere durch den Ausbau der Fernwärme bis zum Jahr 2020, angestrebt



werden und bis 2030 75 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen; • 20 Prozent des Wärmebedarfs durch Erneuerbare Energien decken; • eine für Mieter bezahlbare energetische Sanierung von Gebäuden fördern;

• die Energieproduktivität deutlich steigern und bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 verdoppeln; • **die Stärkung dezentraler Strukturen mit einem**

wesentlichen Gestaltungsauftrag für die Kommunen und ihre Unternehmen. Ferner **Modernisierung und Ausbau der Netzinfrastruktur vorantreiben** mit Synchronisierung des Ausbaus der Erneuerbaren mit dem Ausbau der Netzinfrastruktur (regionale Netze als „intelligente“ Leitungssysteme; Zusammenführung der Übertragungsnetze in einer Deutschen-Netz-Gesellschaft; **frühzeitige Konsultation und Beteiligung der betroffenen Bevölkerung** sowie Einrichtung einer Clearingstelle „Naturschutz und Energiewende“, europäisches Stromnetz; neue Speichertechnologien auch im europäischen Raum fördern).

Kein „Einschluss“ sondern nur der Rückbau von stillgelegten **Atomkraftwerken** auch im Atomgesetz und internationales Engagement für Sicherheit und Abschaltung; keine Unterstützung von Export von Atomtechnologie. Suche nach „nationalem Atommülllager“ mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung auf der Grundlage transparenter wissenschaftlicher Kriterien. Moratorium für Fracking, wenn, dann nur ohne giftige Chemikalien.

• **Die Energieeffizienz zur Priorität machen.** (im Verkehrsbereich, Wohnungsbau, auch in Querschnittstechnologien wie Beleuchtung, Kühlung, Pumpen, Motoren,

Druckluft; Steuervergünstigungen der Industrie nur bei Nachweis der Minderung des Energieverbrauchs aufs wirtschaftliche Maß; Anreize für dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)-Ausbau durch Unternehmen und Privatpersonen). Erhöhung des KfW-Programms zur energetischen Gebäudesanierung mit energetischen Effizienzblick von Wohnungsgesellschaften, Stadtquartieren und Wohngebieten. • **Die Energiewende muss sozialverträglich gestaltet werden** (Grundversorgung einführen, Energieberatungen, auch Förderprogramme mit Mikrokrediten und Zuschüssen für private Haushalte und kleine Unternehmen).

Hessen: Eine konsequent dezentrale Energiewende bringt Arbeitsplätze und Wertschöpfung in die Regionen. CDU und FDP blockieren die Beschlüsse des hessischen Energiegipfels. Um schneller voranzukommen, wollen wir Kommunen und Bürgern mehr Freiraum geben und sie zu den Motoren der Energiewende machen. Nur der kleinste Teil der Energiepreisssteigerungen geht auf Strom und EEG-Umlage zurück. Hier wird bewusst Gegenstimmung erzeugt. • **Energie muss bezahlbar bleiben:** Die Wirtschaft entlastet sich zum Teil ungerechtfertigt bei ihren Energiekosten durch Befreiungen und Ermäßigungen zu Lasten der privaten Haushalte. Das wollen wir ändern.

3. Das Klima schützen – national und international

Die Menge der von Industrie und Menschen verursachten Treibhausgase in der Atmosphäre steigt rasant. Die Folgen werden verheerend sein, wenn es nicht gelingt, die globale Erderwärmung unter zwei Grad zu halten. Deutschland muss beim Klimaschutz vorangehen. Wir brauchen ein verbindliches Klimaschutzgesetz, in dem festgeschrieben wird, mit welchen Maßnahmen bis 2020 das Ziel erreicht werden kann, 40 Prozent weniger CO₂ auszustößen.

In der EU muss die nächste Regierung – statt zu bremsen – energisch darauf dringen, dass sich die

Mitgliedsstaaten verpflichten,

- bis 2020 mindestens 30 Prozent weniger CO₂ auszustößen,
- den Handel mit Klimagas-Zertifikaten zu reformieren und das Angebot an CO₂-Zertifikaten dauerhaft zu reduzieren.

Nur eine Bundesregierung, die im Klimaschutz vorbildlich ist, kann international glaubwürdig für ein Klimaschutzabkommen eintreten, das alle Staaten verbindlich verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen zu verringern.

Parteien zum Klimaschutz

Die Antworten der Parteien konnten Sie zum größten Teil schon im Bereich Energie auch zu den Klimazielen des BUND nachlesen. Auch hier das gleiche Bild der fünf in den Parlamenten vertretenen Parteien wie im Bereich Energie.



4. Agrarpolitik reformieren

60 Milliarden Euro gibt die Europäische Union jährlich für die Landwirtschaft aus. Das Gros dieser Milliarden dient nicht einer umweltverträglichen Landwirtschaft, die gesunde Lebensmittel produziert und Tiere artgerecht hält. Gefördert wird vielmehr eine Agrarindustrie, die für Monokulturen sorgt, Pestizide einsetzt, die Insekten, Vögel und Amphibien vernichten, und Tiere mit Medikamenten vollpumpt. Die Folge: Landschaften veröden, Lebensmittelskandale häufen sich.

VerbraucherInnen wollen Lebensmittel ohne bedenkliche Inhaltsstoffe, mehr Natur- und Tierschutz. Das erfordert eine Stärkung der bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft. Wir brauchen eine Landwirtschaftspolitik, die

- nur Betriebe subventioniert, die umweltverträglich und tiergerecht wirtschaften,
- Tierfabriken, in denen Tiere gequält werden, verbietet,
- für eine Halbierung des Antibiotika-Einsatzes in der Tierhaltung sorgt,
- Pestizide in der Landwirtschaft verbietet,
- den Anbau von Gentech-Pflanzen nicht zulässt,
- die Förderung der regionalen Verarbeitung und Vermarktung ausbaut sowie Exportsubventionen abschafft,
- klare Kennzeichnungsregeln für alle Lebensmittel erlässt.

Forderungen des BUND Hessen hierzu

In Hessen werden etwa 43 Prozent der Landesfläche landwirtschaftlich genutzt. Der Anteil der ökologisch bewirtschaftet wird, liegt immerhin bei 10,5 Prozent und damit deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Hessen braucht neben der Energiewende auch eine Agrarwende, die dazu führt, den Anteil des Ökolandbaus bis 2020 auf 20 Prozent zu erhöhen und langfristig 100 Prozent Ökolandbau zu erreichen.

Unsere Forderungen

- Hessen muss sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass 15 Prozent der Finanzmittel der 1. Säule der Agrarzahungen zweckgebunden für den Biolandbau und Agrar-Umweltprogramme umgewidmet werden
- Entwicklung und Umsetzung eines Aktionsplans zur Förderung, Ausweitung des Ökolandbaus und zur Vermarktung der auf diesem Wege erzeugten Produkte
- Förderung des Anbaus von unterschiedlichen Kulturpflanzen in kürzeren Zeiträumen (Fruchtfolge) • Förderung des Anbaus von Eiweißfutterpflanzen (Leguminosen), um den Import von überwiegend gentechnisch veränderter Soja aus Übersee zu senken
- Förderung für benachteiligte Gebiete stärken, um die agrarische Vielfalt und die Kulturlandschaft auf ungünstigeren Standorten zu bewahren
- Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln zum Schutz der Böden, des Wassers und der Artenvielfalt
- Förderung bienenfreundlicher Landwirtschaft (Blühstreifen auf Äckern, Gewässerrändern und auf intensiv genutzten Grünflächen
- Keine Gentechnik auf Hessens Feldern
- Förderung von Stallneu- und -umbauten stärker auf Umwelt und Tierschutz ausrichten und daran binden, dass die Betriebe mindestens 50 Prozent des Futters auf eigenen Flächen erzeugen

Landwirtschaft in den Parteiprogrammen

Auch hier ist Spitzenreiter in der Übereinstimmung mit den BUND-Forderungen eindeutig die Partei Bündnis90/ Die Grünen im Bund und in Hessen. Ein ambitioniertes Programm für eine zukunftsfähige Landwirtschaft, dem Ziel der Agrarwende, für Bezahlungen gekoppelt auch an Leistungen für Natur und Umwelt, Tierschutz und und der regionalen Wertschöpfung.

B90/Grüne: Ein Auszug aus dem Wahlprogramm verdeutlicht

„Anbau und Import von gentechnisch veränderten Pflanzen werden ebenso abgelehnt wie gentechnisch veränderte Tiere. „Die Agrogentechnik hat keines ihrer Versprechen eingelöst. Statt Erträge zu steigern, hat sie den Einsatz von Pestiziden und die Gefahren für Umwelt, Menschen und Tiere erhöht. Agrogentechnik macht unsere Ernährung und unser Saatgut abhängig von einer kleinen Zahl von Großkonzernen und beendet die freie Landwirtschaft und den Ökolandbau. Agrogentechnik reduziert die Vielfalt der Pflanzensorten, weil die Gentechnik-Konzerne immer mehr Züchter aufkaufen. Die Weiterentwicklung konventioneller Sorten wird vernachlässigt. Es gibt einen hohen Forschungsbedarf für eine tier- und umweltverträgliche Landwirtschaft, die die Herausforderungen des Klimawandels berücksichtigt. Patente auf Pflanzen, Tiere und Menschen lehnen wir strikt ab, weil sie BäuerInnen und VerbraucherInnen in eine Abhängigkeit von Agrarkonzernen führen.“



Die **CDU** lässt drängende Fragen in ihrem Programm offen, aber „nimmt Bürgersorgen in Bezug auf landwirtschaftliche Produktion und in der Tierhaltung ernst und will sie mit den Landwirten lösen“. Für sie stehen ökologische und konventionelle Landwirtschaft gleichberechtigt nebeneinander. Den Imkern „gehört die Wertschätzung, Forschungsprojekte sollen ausgebaut werden“.



Die Linke „tritt dafür ein, dass umweltgerechte Landwirtschaft, Ökolandbau, Gartenbau, Forstwirtschaft und Fischerei und Aquakultur, nach sozial-ökologischen Kriterien und durch Unterstützung regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen gefördert werden.“ Auch in dem Programm der Linken findet sich eine hohe Übereinstimmung mit den BUND-Forderungen zur Wahl.



FDP: Demgegenüber setzt sich die FDP „für eine verantwortliche Nutzung und weitere Erforschung der modernen Biotechnologie ein. Die Sicherheit der Züchtungsmethode hat sich in jahrzehntelanger Praxis erwiesen und wurde durch umfangreiche Risikoforschung bestätigt. Die Nutzung der von der EU nach sorgfältiger, wissenschaftlicher Prüfung zugelassenen Sorten muss auch in Deutschland möglich sein.“ FDP Hessen: „Der Landwirtschaftssektor benötigt ein marktwirtschaftliches System mit freiem Handel für Nahrungsmittel und unternehmerischer Freiheit zur Gestaltung der landwirtschaftlichen Produktion.“



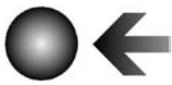
SPD: Ein Ziel ist „Das bestehende System der EU-Agrarförderung muss konsequent so umgebaut werden, dass es diesen Zielen ebenso konsistent dient wie alle Politikbereiche, die darauf Auswirkung haben: Agrar- und Ernährungsforschung, Bildung, Natur- und Tierschutzrecht oder die Verpflegung in öffentlichen Kantinen. Es ist richtig, die Förderung breiter auf den ländlichen Raum auszurichten und stärker an Leistungen für die Gesellschaft zu binden.“ und „Die Fördermittel müssen dazu beitragen, die immer noch zu hohen Umweltschäden durch Teile der Landwirtschaft, Gewässer- und Luftbelastungen, Artenschwund und Bodenbeeinträchtigungen zu mindern.“



Wussten Sie...

Nur zwei Prozent des Geldes, das 2011 in Deutschland für Geflügelfleisch ausgegeben wurde, kam Tierhaltern mit Biosiegel zugute.

Nur ein Prozent des Geldes, das 2011 in Deutschland für Schweinefleisch ausgegeben wurde, kam Tierhaltern mit Biosiegel zugute.



5. Bürgerbeteiligung ausbauen

Bei zentralen gesellschaftlichen Entscheidungen, zum Beispiel der Endlagerung von Atommüll, wollen Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden. Bei der Planung von Bahnhöfen, Flughäfen, Stromleitungen oder Autobahnen läuft sehr viel falsch: Es wird teuer fehlgeplant, Mensch und Natur werden beeinträchtigt. Die Einbeziehung

von BürgerInnen spart dagegen Kosten und führt zu sozial- und naturverträglichen Ergebnissen. Zeit also für mehr Transparenz und Partizipation. Wir brauchen für die Demokratie im 21. Jahrhundert neue Regeln:

- frühzeitige, ergebnisoffene und verpflichtende Bürgerbeteiligung bei großen Infrastrukturvorha-

ben. Gesetzlich verbriefte Beteiligungsstandards schützen vor Fehlplanungen, Behördenwillkür und Partikularinteressen;

- niedrigere Hürden für Bürger- und Volksentscheide – auch auf Bundesebene - und auf Landesebene;
- ein Transparenzgesetz: Aus der Holschuld der BürgerInnen muss eine Bringschuld des Staates und der Vorhabenträger werden. Ein Staat, der für BürgerInnen plant, muss mit Bürgerinnen und Bürgern planen.

6. Natur schützen – national und international

Täglich gehen wertvolle Tier- und Pflanzenarten sowie Lebensräume verloren. Deshalb ist ein entschiedener besserer Schutz der biologischen Vielfalt dringend notwendig – in Deutschland und weltweit. Dafür muss die nächste Bundesregierung sorgen:

- besserer Schutz der biologischen Vielfalt in Wäldern durch strenge ökologische Standards in einem neuen Bundeswaldgesetz, die Herausnahme von zehn Prozent der Waldfläche aus der Holznutzung und den Stopp der Privatisierung öffentlicher Wälder in Land und Bund;

- dauerhafter Schutz des „Grünen Bandes“ an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze als „Nationales Naturmonument“;
- Rettung des „Nationalen Naturerbes“: 30.000 Hektar Flächen im Bundesbesitz sind dauerhaft für den Naturschutz zu sichern;
- für den Erhalt der weltweiten Biodiversität werden jährlich 500 Millionen Euro in den Bundeshaushalt eingestellt. Der Schutz von Tieren, Pflanzen und Lebensräumen wird in Handelsabkommen und der Rohstoff- und Entwicklungspolitik verbindlich verankert.

Forderungen des BUND Hessen hierzu

Deutschland und Hessen haben sich zum Artenschutz verpflichtet. Die Artenvielfalt von Tieren und Pflanzen ist eine notwendige Voraussetzung für einen intakten Naturhaushalt. Diese über lange Zeiträume gewachsene Lebensgrundlage des Menschen ist jedoch durch die Folgen der intensiven und naturfremden Landnutzung beeinträchtigt. Gründe für den

Artenverlust auch in Hessen sind Flächeninanspruchnahmen für Siedlungs- und Verkehrszwecke, die Intensivierung der Landwirtschaft mit hohem Pestizid- und Düngereinsatz sowie flächendeckende Stoffeinträge.

- Erhöhung des Naturschutz-Haushaltes um 20 Mio Euro/Jahr,
- deutliche finanzielle Stärkung der Stiftung Hessischer Naturschutz und Erweiterung um operative Aufgaben,
- Wiederaufnahme der Naturschutzgebiets-Ausweisung
- Aktualisierung der Natura 2000-Verordnung
- Aktive Begleitung der Ausweisung eines Biosphärenreservates (BSR) Rheingau/Wiesbaden
- Wiedereinführung der Naturschutzbeiräte bei den Oberen Naturschutzbehörden
- Anbindung der Nationalparkverwaltung und der Verwaltungsstelle des BSR an die Oberste Naturschutzbehörde
- Holzernteverbot in der Brut- und Setzzeit
- Umstellung des Staatswaldes auf FSC

Hessen: Grundwasserbewirtschaftung im Hessischen Ried

In Südhessen bahnt sich eine Umweltkatastrophe an. 30.000 Hektar Wald drohen abzustarben, 10.000 ha sind bereits akut gefährdet. Die wichtigste Ursache dafür ist seit Jahrzehnten die übermäßige Grundwasserentnahme. Fällt der schützende Waldmantel über dem Grundwasser weg, dann wird die Trinkwasseraufbereitung noch teurer. Der schon geschädigte Wald kann die üblichen Wasserschutz-

funktionen nicht mehr erbringen. Die aufgelichteten, stark vergrasteten Wälder verringern die Grundwasserneubildung und führen zu erhöhten Einträgen von Schwermetallen und Stickstoff in das Grundwasser.

- Grundwasseranreicherung mit dem Ziel der Waldstabilisierung,
- Konsequente Durchsetzung der Verursacherhaftung gegenüber der Wasserwirtschaft,
- Vorlage eines jährlichen Berichts über die Fortschritte bei der „Rettung der Wälder in Südhessen“.

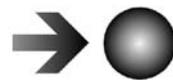
Hessen: Reduzierung des Flächenverbrauchs

Die nicht vermehrbare Ressource Boden ist Standort für wertvolle Biotope ebenso wie für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung. Böden sind Bestandteil der wesentlichen Kreisläufe des Naturhaushaltes, wie Stoff-, Energie- und Wasserhaushalt der Ökosysteme. Aufgrund ihrer Filter- und Puffereigenschaften haben Böden eine große Bedeutung insbesondere für den Schutz des Grundwassers. Böden sind wichtige Kohlenstoffspeicher und stehen mit der Atmosphäre im Austausch durch verschiedene klimarelevante Gase. Mit dem Aufbau und der Zersetzung organischer Substanz haben Böden maßgeblichen Anteil am Klimageschehen.

Derzeit werden in Hessen täglich 3,5 Hektar Bodenfläche versiegelt. Gleichzeitig belegen alle Prognosen, dass die Bevölkerung in Hessen bereits mittelfristig sinken wird. Der Flächenverbrauch durch Siedlungserweiterungen, Verkehrsflächen und neue Gewerbegebiete steht in direktem Gegensatz zu den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung.

- Die Rate des Flächenverbrauchs in Hessen für Straßen- und Flughafenbau, Gewerbe- und Wohnsiedlungsgebiete von derzeit 3,5ha pro Tag muss schnellstmöglich auf null zurückgefahren werden. • Das 2,5ha - Ziel bis 2020 in der hessischen Nachhaltigkeitsstrategie ist völlig unzureichend.

**Naturschutz für Mensch und Natur -
Artenvielfalt bedeutet Lebensqualität**



Wald und geschädigte Wälder im Hessischen Ried in den Parteiprogrammen für Hessen

Vorbemerkung: Hessen ist das waldreichste Bundesland mit Wald auf 42 Prozent der hessischen Landesfläche. Gesetze können zwar nur für den Staatswald bindend werden, aber für Kommunal- und Privatwald kann das Land Empfehlungen abgeben. Flächenanteile in Hessen: Staats- (und Bundeswald): 40 Prozent, Körperschafts- und Kirchenwald 35 Prozent, Privatwald: 25 Prozent (Regionaler Waldbericht Hessen 2000). Nicht nur bezogen auf die BUND-Forderungen tun sich in den Parteiprogrammen Unterschiede im Stellenwert des Waldes und auf Sanierungen im Hessischen Ried auf: Pluspunkte bei Grünen, Linken und SPD, Fehlanzeige bei CDU und dickes Minus bei der FDP.

Zukunftsfähigkeit bei **B90/Grüne**. Sie wollen konkret • „die Aufweichung der Bannwaldverordnung zurücknehmen, damit Bannwald tatsächlich wieder unantastbar ist (auch für sogenannte „vorübergehende“ Inanspruchnahme zum Zweck der Auskiesung)“; • „die Waldschadensentwicklung im Hessischen Ried stoppen und dafür sorgen, dass die Waldschäden ausgeglichen werden. Dazu muss die dringend notwendige Grundwasseraufspiegelung durchgeführt werden“; • 10 Prozent der Staatswaldfläche für die Artenvielfalt (Biodiversität) aus der wirtschaftlichen Nutzung nehmen, um so zusammen mit Privatwald- und Kommunalwaldflächen auf einen



Durchschnittswert von 5 Prozent zu kommen, wie ihn die Biodiversitätsstrategie des Bundes fordert; • es soll für den Staatswald in Hessen eine Zertifizierung nach FSC-Deutschland (FSC - quasi ein Biosiegel für den Wald) erreicht werden.



Die **CDU** hat in ihren „Ideen und Zielen zum Schutz der Natur“ nur Vages stehen: die • „Begleitung und Unterstützung des Runden Tisches zur Verbesserung der Grundwassersituation im Ried im Hinblick auf eine für alle Seiten tragfähige Lösung“; und die „Sicherung und Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Land- und Forstwirtschaft durch Verbesserung der Ressourceneffizienz, Innovation und Wertschöpfungstiefe.“



Bei der **Die Linke** geht nicht auf BUND-Anforderungen im hessischen Wahlprogramm ein sondern erklärt im Bundesprogramm • „Zugleich setzen wir uns für eine naturnahe Waldwirtschaft in Bund, Ländern und Gemeinden ein. Deshalb wollen wir auf Ebene des Bundes dafür sorgen, dass die Bundesforsten auf Grundlage des FSC (Forest Stewardship Council) ökologisch bewirtschaftet werden.“



Die **FDP** sieht keinen Verbesserungsbedarf für den Naturschutz im Wald, zieht sich auf den Runden Tisch Ried zurück aber schürt Vorbehalte gegen den RT, der ja gerade den Interessenausgleich von Wald, Landwirtschaft und Siedlung herstellen soll und dafür geeignete Lösungen

erarbeitet. • „Dem (der „nicht befriedigenden Waldsituation“) wurde mit der Einrichtung des Runden Tisches Hessisches Ried Rechnung getragen, der vernünftige Lösungsansätze mit allen Beteiligten erarbeiten soll. Unter anderem wird über die Machbarkeitsstudie zur Wiederaufspiegelung des Grundwasserstandes in geschädigten Waldbeständen beraten. Außerdem wird ein Gesamtkonzept entwickelt, das den Naturschutz und die Interessen der Land- und Forstwirtschaft sowie der Grundstückseigentümer berücksichtigt. Nach derzeitigem Stand steht für die FDP allerdings fest, dass die Investitionen für eine Aufspiegelung – auch mit Blick auf die Folgen für die Landwirtschaft und die Hausbesitzer – in keinem Verhältnis zum möglichen Ertrag aus dem Wald und der Zustandsverbesserung stehen.“



Die **SPD** will „keinen Naturschutz nach Kassenlage“, sondern ihr muss zu ihrem Recht um ihrer selbst willen verholfen werden. Sie will • Die hohe ökologische und soziale Qualität unserer Landwirtschaft werden wir durch eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Zertifizierung bestätigen lassen; • zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie werden wir Waldflächen des Hessen-Forsts aus der Bewirtschaftung herausnehmen. Im SPD-Bundesprogramm stehen auch die konkreten Zahlen dazu: „um die einseitig nutzungsorientierte Waldstrategie der Bundesregierung ab(zu)lösen; zehn Prozent der Waldflächen der öffentlichen Hand und fünf Prozent der gesamten Waldfläche der natürlichen Entwicklung überlassen werden; nach den Grundsätzen des naturnahen Waldbaus bewirtschaftet und stufenweise Forest Stewardship Council (FSC)-zertifiziert werden. Zum Ried: • „Mögliche Ergebnisse des derzeit tagenden Runden Tisches zu einer Wiederaufspiegelung einzelner (Wald-)Flächen werden wir im Hinblick auf ihre Wirkung, Kosten, Effizienz und tatsächliche Realisierbarkeit überprüfen. Wir werden die Grundwasserabgabe für Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer und insbesondere industrielle Großverbraucher von Wasser wieder einführen und daraus Einspar- und Umwelt- sowie Energieprogramme finanzieren.“



Flächenverbrauch und Stärkung der Naturschutzvertretung in den Parteiprogrammen

Hier tragen Grüne und SPD den BUND-Forderungen in den Programmen Rechnung. Bei CDU und Linken gibt es ein „Weiter-so“, die FDP will sogar weniger Personal.

B90/Grüne wollen • den Bodenverbrauch auf „Netto null“ senken. Das heißt, für jede neu genutzte und versiegelte Fläche wird der Natur eine gleichwertige zurückgegeben.“ • Wir setzen uns für eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung der Naturschutzbehörden ein. Die fachliche Kompetenz für Natur und Landschaft in den Naturschutzbehörden wollen wir bündeln und ihnen wieder eine echte Stimme geben. • Fachbeiräte wollen wir wieder auf allen drei Planungsebenen einsetzen. Das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) wird um den Bereich Naturschutz



ergänzt und zu einer Fachbehörde für Umwelt, Natur und Geologie ausgebaut.“

Fehlanzeige bei der **CDU**: lediglich die ohnehin schon beschlossene • „Fortführung der Reduzierung des Flächenverbrauchs auf maximal 2,5 Hektar täglich auf Grundlage des Beschlusses der Nachhaltigkeitskonferenz.“ soll weitergehen.



Die Linke will vage • „Personal verstärken“ und • „auch in Hessen den Flächenverbrauch reduzieren“; Auch ihr Bundesprogramm ist nicht ambitioniert: „Wir brauchen eine stärkere Gewichtung des Bodenschutzes in der Bauleitplanung und eine Vorbildrolle bei der Begrenzung des Flächenverbrauches für eigene Bauvorhaben als Beitrag zur • bundesweiten Erreichung der 30-ha-Grenze für den täglichen Flächenverbrauch.“

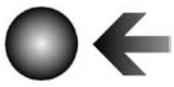


FDP - ebenfalls Fehlanzeige bei den BUND-Anforderungen für eine zukunftsfähige Politik in diesem Bereich, lediglich im Bundesprogramm steht vage, • „um den Flächenverbrauch zu begrenzen, wollen wir Baumaßnahmen und Nachverdichtungen im innerstädtischen Bereich erleichtern.“ • in Hessen soll - allgemein - Verwaltungspersonal weiter abgebaut werden.



Vorbildliches bei der **SPD** nicht nur zur Verwaltung mit Naturschutz nicht nach Kassenlage sondern zur Erhaltung der Lebensgrundlagen: • „Das Biosphärenreservat Rhön erfährt eine umfassende Unterstützung in seiner Ausrichtung und Weiterentwicklung. Die Dienst- und Fachaufsicht wird dem für Naturschutz zuständigen Ministerium zugeordnet. • Wir werden die Rechte der Naturschutzbeiräte wieder ausweiten und auch wieder Beiräte bei den oberen Naturschutzbehörden einrichten.“ Allerdings nicht ambitioniert im Bundesprogramm • „Um das Reduktionsziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie von 30 ha zusätzlichen Flächenverbrauch pro Tag zu erreichen, muss erheblich mehr getan werden.“





7. Flüsse und Gewässer schützen

Flüsse und ihre Auen sind die artenreichsten Lebensräume. Diese Lebensräume sind bedroht. 90 Prozent der Auen gelten als geschädigt oder gar endgültig verloren. Die Ursachen: landwirtschaftliche Nutzung der Auen, Ansiedlungen, Kanalisierungen für die Schifffahrt oder Nutz- und Kühlwassergewinn-

nung durch die Industrie. Die dafür vorgenommenen Eindeichungen der Flüsse führen zu einem erhöhten Hochwasserrisiko. Notwendig sind daher

- ein Programm zur Schaffung neuer Auen und Überschwemmungsflächen für mehr Hochwasserschutz;
- die Anpassung der Schifffahrt an

die natürlichen Gegebenheiten von Flüssen, insbesondere an der Elbe;

- die konsequente Verbesserung des Gewässerzustandes nach den Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie;
- strengere Verbote, Schadstoffe in unsere Gewässer einzuleiten.
- Gewässer, die ohne Nutzen für die Güterschifffahrt sind, müssen wieder in ihren natürlichen Zustand versetzt werden.

8. Verkehr umweltfreundlich gestalten

Verkehr verursacht große Umweltprobleme. Ungebremstes Verkehrswachstum schadet dem Klima und der Gesundheit vieler Menschen. Ökologisch und ökonomisch fragwürdige Verkehrsprojekte zerstören die Natur. Lebenswerte Städte und Kommunen lassen sich nur dann erreichen, wenn der Autoverkehr zugunsten von Rad-, Fuß- und Öffentlichem Nahverkehr zurückgedrängt wird. Ökologische Mobilität erfordert eine Politik, die

- im Bundesverkehrswegeplan ab 2015 dem Erhalt der Infrastruktur absoluten Vorrang vor Neubau gibt und Verkehr auf umweltfreundliche Verkehrsträger verlagert;
- die CO₂-Grenzwerte für neue Pkw und Nutzfahrzeuge verschärft;
- durch Tempolimits und andere Maßnahmen den CO₂-Ausstoß im Verkehr vermindert;
- die Subventionierung des Klimakillers Flugverkehr beendet.

Hessen-Forderungen

Verkehrslärm macht krank und verringert die Wohn- und Lebensqualität in hessischen Städten und Gemeinden. 50% der Bevölkerung

fühlen sich häufig oder andauernd durch Lärm belästigt. An erster Stelle steht der Lärm durch Straßen- und Flugverkehr, aber auch der Schienenverkehr an stark befahrenen Strecken belastet die Anwohner erheblich.

Mit einem Anteil von rund 50 Prozent an den CO₂-Emissionen liegt der Verkehrssektor in Hessen deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Im Wesentlichen liegt dies am Flughafen Frankfurt, den Verkehrsverbindungen durch die zentrale Lage Hessens und dem Wirtschaftsstandort Frankfurt-Rhein-Main. Neben der Energiewende braucht Hessen unbedingt eine Verkehrswende auf der Basis vermeiden, verlagern, verbessern.

Notwendig ist eine Verkehrspolitik, die nachhaltig ist und nicht vordringlich für das Auto gemacht ist. Der ÖPNV muss ausgebaut, Zufußgehen und Radfahren müssen attraktiver werden .

- Einberufung eines Verkehrswendegipfels, in dem die Landesregierung mit gesellschaftlichen Gruppen die Anforderungen an eine Mobilität der Zukunft in Hessen

diskutiert (Masterplan Verkehr) ,

- Umschichtung vorhandener Finanzmittel zugunsten des ÖPNV und des nichtmotorisierten Verkehrs und Vorrang des öffentlichen Verkehrs bei Planung und Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen,
- Instandsetzungsinvestitionen müssen absoluten Vorrang vor Straßenneubauten haben,
- Verfolgen des Ziels Vision Zero (null Verkehrstote),
- Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in den Städten, Entscheidung durch Kommunen ermöglichen, Tempo 120 als Regelgeschwindigkeit auf Autobahnen ,
- Reduzierung Straßen- und Schienenverkehrslärm,
- Einrichtung von Umweltzonen, insbesondere Umweltzone Rhein-Main zur Verbesserung der Luftqualität,
- Verzicht auf A 44-, A 49-Planung.

Frankfurter Flughafen

Der Ausbau des Frankfurter Flughafens war ein schlimmer Fehler. Nach der offiziellen Lärmkartierung des Landes Hessen leiden in 2012 über 350.000 Menschen unter Fluglärm. Das sind 117.000 Menschen mehr als vor dem Ausbau im Jahr 2007. Der BUND Hessen setzt sich dafür ein, dass die Umweltbelastungen des Flughafens deutlich reduziert werden:

- Einführung eines Nachtflugverbots von 22.00 – 06.00 h,
- Deutliche Verringerung des Fluglärms am Tage,
- Umfassende Bürgerbeteiligung bei der Festlegung von Flugrouten.

9. Mehr Verbraucherschutz – Kinder vor riskanten Chemikalien schützen

Hormonell wirksame Chemikalien wie Bisphenol A bzw. Phthalat-Weichmacher gefährden unsere Gesundheit – sie können zu Diabetes und Fettleibigkeit führen, zu Brust- und Hodenkrebs und die Qualität der männlichen Spermien beeinträchtigen. Besonders gefährdet sind Ungeborene im Mutterleib und Kleinkinder. Um sie zu schützen, ist es notwendig, Bisphenol A aus Lebensmittelverpackungen sowie Phthalat-Weichmacher aus allen Produkten zu verbannen, mit denen Kinder häufig in Berührung kommen. Das muss eine

neue Bundesregierung gesetzlich sicherstellen. Und sie muss in Brüssel für eine Regelung sorgen, die gewährleistet, dass hormonell wirksame Chemikalien zügig ersetzt werden.

Gesundheitliche Gefahren und Risiken gehen auch von elektromagnetischen Feldern aus. Es ist dringend erforderlich, die Belastung der Bevölkerung mit gefährlicher Strahlung rasch und nachhaltig zu verringern. Notwendig sind deutlich niedrigere Grenzwerte und ein rechtlich verbindliches Minimierungsgebot für elektromagnetische Felder.

10. Wissenschaftspolitik neu ausrichten

Die Wissenschafts- und Forschungspolitik in unserem Land hat auf viele drängende Fragen keine Antworten. Enorme Steuermittel fließen in industriennahe Forschungen – zum Beispiel Kernforschung oder den Gentechnik-Einsatz in der Landwirtschaft. Risiken von Großtechnologien und komplexe Wirkungszusammenhänge werden nur unzureichend untersucht. Notwendig dagegen ist eine Forschung, die sich den großen Herausforderungen stellt – zum Beispiel der Frage, wie eine gerechte Verteilung und der Schutz knapper Ressourcen gelingen kann, wie Produktion und Konsum verändert werden müssen, damit für alle Menschen und kommende Generationen eine sichere Existenz gewährleistet ist.

Der BUND fordert eine Milliarde Euro jährlich, um eine Forschung zu fördern, die sich diesen Herausforderungen stellt. Wir wollen so eine Wissenschaftspolitik durchsetzen, die den Interessen der Bürgergesellschaft dient.



Verkehr - Was sagen die Parteiprogramme dazu?

Wen wundert es? Die Forderungen des BUND nach einer Verkehrswende und einer Verbesserung der Lärmsituation am Frankfurter Flughafen werden am ehesten von Grünen, Linken und in Teilen der SPD geteilt. Bei CDU und FDP herrscht völlige Fehlanzeige. Weder Tempolimits auf Autobahnen (wegen Klimaschutz auch bei

weniger Verkehr wie in der Nacht) noch innerorts (Lärmschutz für die Anwohner insbesondere, wenn in der Nacht die Motoren besonders laut zu hören sind und Sicherheit am Tag und in der Nacht nicht nur für Menschen sondern auch für manch einen Igel oder eine Hauskatze, die eine Chance haben, die Straße zu überqueren).

Fehlanzeige auch bei CDU und FDP bei der Umschichtung von Finanzmitteln verstärkt auf den Verkehr des Umweltverbundes (Bahnen, Busse, Rad, zu Fuß).

Auch beim Lärm nur ambitionierte Ziele insbesondere bei den Grünen. Nur das Nötigste, durch EU-Verordnungen gesetzlich Gebotene bei CDU und FDP - bei ihnen auch kein Verzicht auf den Neubau von Autobahnen, kein positives Wort zu einer Umweltzone Rhein-Main.

Mehr Nachhaltigkeit oder Rückschritt? - Sie haben die Wahl.

bm. Die kurze Übersicht aus Hunderten von Seiten Parteiprogrammen zeigt: es gibt teilweise erhebliche Unterschiede zwischen dem Gestaltungswillen der Parteien in den Themenbereichen, die dem BUND besonders wichtig sind.

Und gerade diese Themen berühren unser aller Lebensgrundlagen. Ohne gesunde Nahrung, sauberer Luft, reinem Wasser und vorsorgendem Klimaschutz sähe es düster aus - jetzt und in Zukunft.

Daher: Es muss eine Politikwende geben in Bezug auf Umwelt und Natur. Nach vier Jahren Schwarz-Gelb im Bund und fünf Jahren in Hessen bleibt als Fazit:

Deutschland ist nicht mehr Umweltweltmeister, Hessen ist bei der Energiewende Schlusslicht bei den

Flächenländern.

Die Energiewende droht ausgebremst zu werden, Natur- und Ressourcenschutz wurden zurückgefahren und in der Agrar- und Industriepolitik die falschen Weichen gestellt. Vor allem die FDP-geführten Wirtschaftsministerien im Bund und in Hessen verschuldeten eine solch rückwärtsgewandte (Umwelt-)Politik.

Sie gefielen sich darin, Ökologie und Ökonomie nach alter Manier als Gegensätze zu konstruieren und Wirtschaftszweige mit großem Reformbedarf vor längst fälligen Neuerungen zu bewahren.

Wo blieben die Impulse für umweltfreundliche Innovationen, zum Nutzen der Exportwirtschaft? Ob die deutschen Autobauer, die ihren

Flottenverbrauch nur langsam senken; oder die Stromkonzerne, die weiter auf Kohle und Atom setzen - die Wirtschaftsminister gaben die Bremser, wann immer das EU-Parlament, das Umweltministerium oder die Öffentlichkeit auf Verbesserungen drängten.

Statt umweltschädliche Subventionen im Wert von jährlich mindestens 48 Milliarden Euro im Bund zu streichen, beseitigen wir unsere Lebensgrundlage, die biologische Vielfalt. Jahr für Jahr gehen in unserem Land wertvolle Lebensräume von Pflanzen und Tieren verloren.

Speziell in der Landwirtschaft wird der Naturschutz zuwenig berücksichtigt, unsere Agrarlandschaft verarmt mit erschreckender Geschwindigkeit.

Die nächste Bundes- und Landesregierung darf nicht länger eine Agrarindustrie stützen, die große Mengen Pestizide einsetzt, Nutztiere mit Medikamenten vollpumpt, die Landschaft verödet und Lebensmittelskandale verursacht.

Daher: Gehen Sie wählen! Sie haben die Wahl zwischen Fortschritt und Rückschritt.

Zukunft mitgestalten – beim BUND

Wenn Sie sich für eine Familienmitgliedschaft entschieden haben, tragen Sie bitte die Namen Ihrer Familienmitglieder hier ein. Familienmitglieder unter 25 Jahren sind automatisch auch Mitglieder der BUNDjugend.

Name/Geburtsdatum

Name/Geburtsdatum

Name/Geburtsdatum

Name/Geburtsdatum

BUNDgruppen-Stempel: Code

Der BUND ist die deutsche Sektion von Friends of the Earth International · www.foei.org

Eine Marke für aktiven Umwelt- und Naturschutz

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
Mitgliederservice

Am Kölnischen Park 1
10179 Berlin

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Die Erde braucht Freunde
www.bund.net





Auch ein Plätzchen...

zum Arbeiten, einen Gemeinschaftstisch oder Gelegenheit zum Austausch mit anderen Kreativen gesucht?

Die Medienbäckerei ist ein kleiner Coworking Space zum gemeinsamen Arbeiten, Audiowerkstatt, Ausstellungs- und Seminarraum.

Sie liegt charmant in einer ehemaligen Backstube in der Jahnstraße in Bessungen (Darmstadt).

Schau vorbei - wir freuen uns auf Deine E-Mail!

Kontakt: Niko Martin
niko@medienbaeckerei.de
tel. 06151 9 50 65 67
www.medienbaeckerei.de

medienbäckerei

foto/design: franziska.schumann@gmail.com

Willkommen im BUND!

Ich möchte mehr für unsere Erde tun und

werde **BUND**mitglied

Danke! Ihre Mitgliedschaft hilft, uns und unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft zu sichern. Fast 400.000 Mitglieder und Förderer ermöglichen den Erfolg des BUND im Umwelt- und Naturschutz.

Der BUND bietet Ihnen

- 4 x im Jahr kostenlos das BUNDmagazin
- Führungen, Vorträge Et Seminare bundesweit
- ökologische BUNDreisen Et Versicherungen
- steuerliche Abzugsfähigkeit Ihres Mitgliedsbeitrags
- aktuelle Infos im Internet

Wenn Sie noch mehr tun möchten ...

- werden Sie aktiv: in einer unserer mehr als 2.000 BUNDgruppen
- spenden Sie! BUNDspendenkonto:
Sparkasse Bonn · KTO 232 · BLZ 370 501 98

Für Rückfragen: 030/27586-479
info@bund.net

BUND e.V. · Am Köllnischen Park 1 · 10179 Berlin

Ja, ich möchte Mitglied werden

und wähle folgenden Jahresbeitrag:

- Einzelmitglied (mind. 50) _____
 Familie (mind. 65) _____
 SchülerIn, Azubi, StudentIn (mind. 16) _____
 Erwerbslose, Alleinerziehende,
KleinrentnerIn (mind. 16) _____
 Lebenszeitmitglied (einmalig mind. 1.500) _____

Name/Norname

Straße

PLZ/Ort

Beruf

Geburtsdatum

Telefon

E-mail

Ihre persönlichen Daten werden ausschl. für Vereinszwecke elektr. erfasst und – ggf. durch Beauftragte des BUND e.V. – auch zu vereinsbezogenen Informations- und Werbezwecken verarbeitet und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte findet nicht statt.

Bitte ziehen Sie den Beitrag ab dem _____
 monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich
bis auf Widerruf von meinem Konto ein. Das spart Papier- und Verwaltungskosten.

KontoinhaberIn

Konto-Nr.

BLZ

Geldinstitut/Ort

Datum/Unterschrift (Bei Minderjährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten)

Alternativ zahle ich per:

- Rechnung (nur jährlich)
 Dauerauftrag monatlich vierteljährlich
 halbjährlich jährlich